

Kultur, Gesellschaft und Umwelt. Vom totalen Bruch der „anderen und neuen Theologie“ mit der traditionellen theologischen Reflexion ist nicht mehr die Rede; die Theologie aus lateinamerikanischer Sicht ist eine der möglichen Arten, Theologie zu betreiben, jedoch die für den lateinamerikanischen Kontinent zutreffendste und deswegen geforderte Art der theologischen Reflexion. Ohne auf einzelne Autoren einzugehen, lassen sich thematische Schwerpunkte benennen, die in erster Linie christologische und ekklesiologische Fragestellungen betreffen, wie: Jesus Christus, der Befreier; Jesus und das Reich Gottes; Kirche der Armen als historisches Sakrament der Befreiung; Kirche und geschichtliche Wirklichkeit; Religion des Volkes und Volksfrömmigkeit.

Klärung durch und nach Puebla

Von der dritten Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe (Puebla 1979) erwarteten manche das Ende einer „Theologie der Befreiung“. In seiner Eröffnungsansprache vermied Johannes Paul II. den Begriff, wohl mit der Absicht, Mißdeutungen seiner Worte zu Gunsten oder zu Lasten der einen oder anderen Richtung dieser theologischen Bewegung auszuschließen. Die Konferenz von Medellín und ihre Ergebnisse erklärte er zum Ausgangspunkt von Puebla; als „Richtschnur“ seiner eigenen Überlegungen bezeichnete er mit aller Deutlichkeit das Apostolische Schreiben Pauls VI. „Evangelii Nuntiandi“.

Mit Hinweis auf „Evangelii nuntiandi“ zog der Papst zugleich eine deutliche Trennungslinie zwischen „evangelisatorischer“ und „politischer“ Befreiungstheologie. Auch seine Ansprachen in Mexico Stadt, Oaxaca, Guadalajara und Monterrey sowie die beiden Katechesen nach seiner Rückkehr nach Rom lassen erkennen, daß es Johannes Paul II. vor allem darauf ankam, die verschiedenen Richtungen der „Theologie der Befreiung“ zu unter-

scheiden, Fehlentwicklungen zu korrigieren sowie Hinweise auf eine notwendige theologische Vertiefung zu geben und die Praxisorientierung zu klären.

Mit ausdrücklicher Berufung auf Medellín betont das Schlußdokument der Konferenz von Puebla die „befreiende Evangelisierung“ als anerkannte und gemeinsame Leitlinie für die Pastoral der lateinamerikanischen Kirche. Somit hat der Prozeß der Differenzierung und Klärung, der zwischen Medellín und Puebla zu einer Reihe von Konflikten und Mißverständnissen geführt hatte, einen gewissen Abschluß gefunden. Mit der deutlichen Entscheidung für die „evangelisatorische Befreiungstheologie“ wurde das korrigiert, was im Sammelbegriff „Theologie der Befreiung“ oft unkritisch verschleiert war. Die *Verwurzelung des Auftrags der befreienden Evangelisierung in der Wahrheit über Jesus Christus*, über die Kirche und den Menschen hat zu einer theologischen Vertiefung geführt und neue Kriterien für das Handeln der Kirche erkennen lassen, die wahrscheinlich den Weg dazu öffnen, daß die Praxisorientierung der lateinamerikanischen Kirche noch wirksamer, klüger und eindeutiger sein wird.

Hans Zwiefelhofer

Literaturhinweise:

- Clodovis Boff*: Teologia Practica – Teologia de lo Politico y sus mediaciones, Salamanca 1980.
Leonardo Boff: Aus dem Tal der Tränen ins Gelobte Land. Der Weg der Kirche mit den Unterdrückten, Düsseldorf 1982.
Norbert Greinacher: Kirche der Armen, Düsseldorf 1979.
Gustavo Gutierrez: Theologie der Befreiung, München/Mainz 1973.
Karl Rahner, Christian Modehn, Hans Zwiefelhofer (Hrsg.): Befreiende Theologie, Stuttgart 1977.
Juan Luis Segundo: De la Sociedad a la Teologia, Buenos Aires 1970.
Jon Sobrino: Cristologia desde America Latina, Mexico 1976.
Hans Schöpfer: Lateinamerikanische Befreiungstheologie. Stuttgart 1979.

Länderberichte

Wie ein kommunistisches Regime die Kirche einschätzt

Zur Lage in Vietnam

Im März 1982 fand in Hanoi der fünfte Nationale Kongreß der Kommunistischen Partei Vietnams statt. Im Vorfeld dieses Parteitages, der eigentlich Ende vergangenen Jahres durchgeführt werden sollte, hatte es heftige Auseinandersetzungen um den vergangenen und zukünftigen Kurs der Partei gegeben. Der Kongreß selber wurde ge-

kennzeichnet durch bittere Selbstkritik, die vom Parteichef *Le Duan*, Staatspräsident *Truong Chinh* und Ministerpräsident *Pham Van Dong* in einer für Kommunisten erstaunlichen Offenheit geübt wurde. Verantwortlich für „wirtschaftlichen Ruin, diplomatische Isolierung und zunehmend gleichgültig werdende Bevölkerung“ wurden

neben „reaktionären“ Kräften auch die Regierungsbürokratie sowie Parteikader gemacht.

Für die Zeit nach dem Kongreß wurde eine tiefgehende Säuberung der Partei und ihrer 1,5 Millionen Mitglieder angekündigt. Auf dem Parteitag selbst kam es für die sonst in ihrer Führung so stabilen KP Vietnams zu *großen Umbesetzungen*. Die Abwahl von General *Vo Nguyen Giap* aus dem Politbüro und der Verlust seiner letzten Stellung als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten ist dabei im Ausland wegen des Prestiges des „Siegens von Dien Bien Phu“ besonders beachtet worden. Neben Giap schieden aber weitere fünf Mitglieder aus dem Politbüro aus, das von 17 auf 15 Mitglieder reduziert wurde. Im Sekretariat der Partei wurden fünf von neun Mitgliedern nicht wiedergewählt. Vor der Spitze machte die Neugliederung und Wachablösung innerhalb der Partei noch einmal halt. Trotz des hohen Alters von jeweils beträchtlich über 70 Jahren wurden Parteichef Le Duan, Staatspräsident Truong Chinh und Ministerpräsident Pham Van Dong in ihren Ämtern bestätigt. Als neue kommende Männer werden *To Huu*, bisher stellvertretender Ministerpräsident und *Vo Van Kiet* genannt, die ins Politbüro aufgenommen wurden. Eine große Rolle spielte im Vorfeld und auf dem Parteitag Planungsminister *Nguyen Lam*, der Mitglied des ZK der Partei wurde.

Innen- und außenpolitische Belastungen

Außenpolitisch gesehen belastet der andauernde Krieg in Kambodscha und das Engagement in Laos die Situation Vietnams gewaltig. Die bleibende *chinesische Bedrohung* einer evtl. Wiederholung der Strafexpedition von 1979 stellt im Zusammenhang mit dem historischen Verhältnis von China und Vietnam einen bleibenden Störfaktor dar. Wegen der außenpolitischen Isolierung Vietnams – hier spielt das Problem der Flüchtlinge, die immer noch das Land zu verlassen suchen, eine wichtige negative Rolle – ist die *Bindung an die Sowjetunion und das COMECON* immer umfassender geworden. 50% der vietnamesischen Ausfuhr gehen nach Rußland und Osteuropa. Um den Zinsendienst einigermaßen leisten zu können, gehen verstärkt vietnamesische Arbeitskräfte in diese Länder als „Gastarbeiter“. Internationale Wirtschaftshilfe und Handel sind stark eingeschränkt. Die *Japaner* haben sich nach beträchtlichem Engagement in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung (1975) inzwischen stark zurückgezogen, da Vietnam ein unsicherer Schuldner ist. Die innenpolitische Lage hat sich immer noch nicht entspannt.

Die *tatsächliche Wiedervereinigung der beiden Landesteile* ist immer noch nicht geleistet. Die *Unterschiede in den Lebensstilen zwischen Nord und Süd* sind geblieben. Aus Sicherheitsgründen sind die Freizügigkeit und Kommunikation der Bevölkerung im eigenen Land immer noch, z. B. durch Karten-Bezugssystem, unterbunden. Der bleibende innere Widerstand auf vielen Ebenen gegen das

kommunistische Regime und das schon fast krankhafte Mißtrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung wirken sich lähmend auf die *Arbeitsmoral* aus. Von den Behörden werden diese Phänomene als „Negativismus“ und „kulturelle Dekadenz“ beklagt und bekämpft. Schwierigkeiten bereitet auch der Widerstand der Nationalitäten gegen die Zentralregierung von Hanoi. Der aus Südchina sendende Radiosender „Stimme Vietnams“ berichtet von Widerstandsaktionen der FURLO (Front Unifié de Lutte de la Race Opprimée) einer Widerstandsgruppe von 16 Völkerschaften im zentralen Hochland, die schon 1964 gegründet wurde, längere Zeit als aufgelöst galt und sich jetzt wieder in den drei Grenzprovinzen zu China und im zentralen Hochland durch Widerstandsaktionen (wohl mit chinesischer Unterstützung) bemerkbar macht. Ihre Stärke wird mit 20 000 Mann angegeben. Sie wird auch von vietnamesischen Exilgruppen unterstützt.

Ernster zu nehmen als dieser militärisch wohl unbedeutende Widerstand sind die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten*, mit denen Vietnam zu kämpfen hat. Viele Faktoren, wie der Krieg in Kambodscha, Naturkatastrophen und Mißernten, sozialistische Fehlplanung, weitreichende Korruption, Flucht qualifizierter Kräfte und mangelnde Motivation innerhalb der Bevölkerung wirken bei diesem Bild einer angeschlagenen Volkswirtschaft zusammen. Vietnam tut sich schwer, seine auf 53 Millionen angewachsene Bevölkerung zu ernähren und zu kleiden. Besuchern fällt immer wieder auf, daß es noch nicht gelungen ist, die *Kriegsschäden* zu beseitigen. Immer noch ist der Norden wesentlich ärmer als der Süden. Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten geht das Krebsübel des Schwarzhandels, der sogar behördlich zumindest geduldet wird, da die staatlichen Kanäle nicht genügend leistungsfähig sind. Dies führt zu zwei Wirtschaftssystemen, dem offiziellen, mit festen Preisen und Rationen arbeitenden und dem privaten Markt, auf dem die Preise zwei- bis dreimal so hoch sind, die Ware, z. B. Reis, aber erhältlich ist. Da diese Sonderausgaben mit einem normalen Einkommen nicht bestritten werden können, sind viele darauf angewiesen, durch zusätzliche, oft illegale Tätigkeit sich weitere Mittel zu verschaffen.

Widersprüchlichkeit zwischen Ideologie und Praxis

Gegen diese Mißstände in der Wirtschaft versucht die Regierung seit einiger Zeit gezielt vorzugehen und Abhilfe zu schaffen, die über das Beklagen des „Negativismus“ hinausgeht. Vom Planungsminister *Nguyen Lam* ist eine *neue Wirtschaftspolitik* (NEP) proklamiert worden, die zu einer Verbesserung des Arbeitseifers und zur Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen führen soll. Diese neue Wirtschaftspolitik hat drei Schwerpunkte: 1. Stärkung der Privatinitiative in den verschiedenen Produktionsbereichen (zum ersten Mal wird die Privatwirtschaft positiv gewürdigt!); 2. Anerkennung des Markts als zweites Element neben dem Plan für die Wirtschaftsverwaltung und

3. verstärkter Einsatz materieller Anreize zum Zweck der Produktionssteigerung.

Mit dieser Hinwendung zu einer *pragmatischen Wirtschaftspolitik* vollzieht Vietnam eine tiefgehende Neuorientierung, die zwar vollständig innerhalb der Grenzen einer orthodoxen „sozialistischen Wirtschaftspolitik“ bleiben soll, dabei aber starke *Parallelen zur Neuordnung der chinesischen Wirtschaft* unter Den Xiaoping aufweist. Die innere Widersprüchlichkeit dieser Politik zeigt sich deutlich in den krampfhaften Versuchen, auf der einen Seite die Reinheit der Ideologie zu wahren und die Landwirtschaft auch im Süden möglichst vollständig zu verstaatlichen, auf der anderen Seite aber aus pragmatischen Überlegungen diese Verstaatlichung durch Zuweisung von bestimmten Parzellen an Individuen und Familien gegen bestimmte Quotenenerträge wieder de facto rückgängig zu machen. Die Überraschung der Parteikader über die Steigerung der Erträge, den Arbeitseifer und die Qualität der geleisteten Arbeit und ihrer Ergebnisse scheint echt zu sein. Die Enttäuschung, daß auch im Sozialismus die alte Erfahrung gilt, daß der einzelne Bauer dann am besten arbeitet, wenn er für sich selbst etwas verdienen kann, hat Vietnam mit China gemeinsam.

Die Versuche der sog. „*Neuen ökonomischen Zonen*“ (NÖZ) zu einer Ankurbelung der Wirtschaft zu kommen, sind eingestandenenermaßen weitgehend gescheitert. In diesen NÖZ wurden vor allem die Insassen der zahlreichen Umerziehungslager eingesetzt, Boden zu roden, neue Felder anzulegen und einfache Wirtschaftsunternehmen aufzubauen. Was die *Umerziehungslager* angeht, so ist ihre Zahl und die Zahl ihrer Insassen ziemlich unbestimmt. Die Regierung hat einer Delegation von Amnesty International bei einem offiziellen Besuch 1979 die Zahl 20 000 Inhaftierter genannt, die 1980 von einer anderen Delegation (D. Kinlen, Irland) bestätigt wurde. Flüchtlinge und andere Beobachter nennen Zahlen bis zu 300 000 für diese Lager, in denen die Insassen ohne Verhandlung und Urteil bei harter Arbeit, mangelnder Ernährung und unzureichender medizinischer Versorgung auf unbestimmte Zeit festgehalten werden. Die Regierung verteidigt diese Lager als notwendige Voraussetzung für inneren Frieden und Versöhnung. Sieben Jahre nach der „Wiedervereinigung“ klingen diese Argumente für eine gegen die Menschenrechte verstoßende Maßnahme nicht mehr sehr glaubwürdig.

Druck auf die Religionsgemeinschaften

Wie in den meisten sozialistischen Staaten gibt es auch in Vietnam offiziell Religionsfreiheit (bestätigt durch die neue Verfassung von 1980), die aber im wesentlichen nur Kultfreiheit meint, d.h. religiöse Betätigung innerhalb der Kirchen auf die Ausübung des Kults beschränkt. Tätigkeiten von Religionsgemeinschaften auf den Gebieten von Erziehung und Gesundheitspflege sind nicht erwünscht. Nach marxistischer Religionsphilosophie sind

die Religionen als *Reste eines vorwissenschaftlichen Bewußtseins* zum Absterben verurteilt. Für die Zwischenzeit bis zur endgültigen Überwindung sollen sie im Dienst am Aufbau des Sozialismus möglichst zu ihrer eigenen Überwindung beitragen.

Zu diesem Zwecke versucht der Staat, einschließlich der größten, der Buddhisten, die Religionsgemeinschaften zu Massenorganisationen zusammenzufassen und in die „Vereinigte Vaterländische Front“, der Dachorganisation aller Verbände außerhalb der kommunistischen Partei zusammenzufassen und sie dadurch leichter kontrollieren zu können. Im November 1981 fand eine *Nationale Konferenz der vietnamesischen Buddhisten* statt, mit dem Ziel, eine nationale Vereinigung, eine „Vietnamesische Buddhistische Kirche“, zu schaffen. Unter dem Motto „Religion, Nation, Sozialismus“ wurde der Zweck dieser Vereinigung dahingehend bestimmt, die „Prinzipien Buddhas, die Interessen der vietnamesischen Nation und den Frieden der Welt“ zu fördern. Die Politik der Regierung, besonders ihre Religionspolitik, findet unter den Buddhisten verstärkt Widerstand. Viele führende Mönche, die in den Jahren bis 1975 gegen das Thieu-Regime gekämpft hatten, sitzen in Umerziehungslagern. Jüngere Mönche wurden zum Kriegsdienst eingezogen, eine für Buddhisten besonders schmerzhaft Maßnahme. Andere Teile der Mönche haben sich mit dem Regime arrangiert und besetzen die Funktionen im neu geschaffenen nationalen Dachverband.

Analog zu den Vorgängen innerhalb der buddhistischen Gemeinschaft wurden auch die Katholiken in einer Massenorganisation, der „*Allvietnamesischen Vereinigung der patriotischen und friedliebenden vietnamesischen Katholiken*“, zusammengeschlossen. Unter dem Motto „Glauben und Patriotismus“ tagte diese Vereinigung Anfang Dezember 1981 in Hanoi. Dem etwas bombastisch klingenden Namen dieser Organisation entspricht nicht wirkliche Stärke. Bisher haben die vielen Versuche der kommunistischen Partei, die katholische Kirche durch „patriotische Vereinigungen“ zu spalten, wenig Erfolg gezeigt. Doch das heißt nicht, daß die Partei den Versuch aufgeben würde, die Kirche in ihrem Sinne zu reformieren.

Ein aufschlußreiches Dossier

Wie intensiv und systematisch sie dabei zu Werke geht, zeigt ein Dokument, das sich an ausgewählte Kader wendet und unter dem Titel „*Unsere Aufgabe gegenüber der katholischen Kirche*“ detaillierte Anweisungen zur Sicherstellung dieses Zieles enthält. Das geheime Dokument stammt wohl aus dem Jahr 1979 und wurde kürzlich im Westen bekannt (Echange France Asie, Dossier 72, Février 1982). Auf der Grundlage überraschend guter Kenntnisse der katholischen Kirche, ihrer Organisation und der gegenwärtigen theologischen Strömungen in Vietnam wird hier eine *Strategie* entwickelt, die Kirche innerlich zu spalten und für das Regime zu einem Instrument zu ma-

chen, das zumindest die innere Einheit des Landes nicht stört und nach Möglichkeit positiv am Aufbau des Landes mitwirkt. Dabei geht das Dokument ganz nüchtern von der Tatsache aus, daß die katholische Kirche ihrer Natur nach antikommunistisch ist und auch bleiben wird, auch wenn sie an manchen Stellen zu einer taktischen Zusammenarbeit bereit erscheint.

Die größte Schwierigkeit bereitet der kommunistischen Partei die *Haltung der Priester und Gläubigen im Süden des Landes*. Verglichen mit der eher monolithischen Kirche des Nordens, die in den langen Jahren des Lebens unter kommunistischer Herrschaft gelernt hat, sich auf die Ausübung des Kultes und des innerkirchlichen Lebens zu beschränken, ist die Kirche im Süden unter dem Einfluß des Zweiten Vatikanischen Konzils, der vielen Auslandskontakte und der allgemeinen Offenheit der Bevölkerung in ihrer Haltung und Erscheinungsweise viel differenzierter und schwerer einzuordnen. Der Einfluß der Kirche auf Gesellschaft, Sozialwesen und Erziehung war sehr groß gewesen. Nach der Einigung des Landes hatte die Regierung daher auch keine Zeit verloren, die kirchlichen Krankenhäuser, Sozialstationen, Waisenhäuser sowie die Kindergärten, Schulen und Universitäten zu verstaatlichen.

Das *Ziel der staatlichen Religionspolitik* gegenüber der katholischen Kirche wird in dem genannten Dokument mit bemerkenswerter Offenheit bestimmt: „Die Kirche, die bisher ein Instrument des Imperialismus und der Konterrevolution gewesen ist, in eine Religion im Dienst des Staates umzuformen, sie patriotisch, dem Volke nah und dem Sozialismus geneigt zu machen; ihrer Lehre, Organisation, ihren Zeremonien und ihrer Gesetzgebung eine fortschrittliche Orientierung zu geben“ (a. a. O., S. 5). Dieses Ziel soll auf vier Ebenen erreicht werden. Auf dem politischen Sektor gilt es, die „reaktionären“ Elemente in der Kirche zu neutralisieren und die Kirche aktiv für Patriotismus und Sozialismus zu öffnen. Ideologisch bedeutet dies, altmodische Bräuche und Zeremonien, die mit dem modernen Leben nicht übereinstimmen, auszumerzen und fortschrittliches Gedankengut zu fördern. Wichtig ist ferner, die Kirche ökonomisch in ihren Mitteln so zu beschneiden, daß sie keinen Gebrauch mehr machen kann von den Mitteln, die ihr in der „feudalen Zeit“, als die Kirche fast die Staatsreligion gewesen ist, zugeflossen sind. Letztlich geht es im organisatorischen Bereich darum, die Struktur der Kirche zu vereinfachen und dafür zu sorgen, daß an die Entscheidungsstellen nur Menschen kommen, die dem Staat genehm sind.

Teilen und isolieren

Um das gesteckte Ziel zu erreichen, ist es wichtig, die Unterschiede innerhalb der Kirche genau zu beachten. Das Papier nennt *vier Gruppierungen*, die jeweils mit einer anderen Strategie zu bearbeiten sind: 1. die „Fortschrittlichen“, die innerhalb der Kirche eine Minderheit von meist jungen Intellektuellen darstellen; 2. die Gruppe derer, die

für eine Anpassung an das herrschende Regime eintreten, dies aber nur aus taktischen Erwägungen tun, sonst aber dem Kommunismus gegenüber feindlich bleiben; 3. die Unentschiedenen, die in der Kirche die Mehrheit bilden. Sie lieben das kommunistische Regime nicht, vermeiden aber nach Möglichkeit, sich mit den Behörden anzulegen und sind im wesentlichen unpolitisch nur auf den eigenen Frieden bedacht; 4. die „Reaktionären“, die mehr oder weniger offen ihre Gegnerschaft gegen den Kommunismus zeigen und in ihrem Kern unreformierbar sind. Aus der Beobachtung dieser verschiedenen Gruppierungen innerhalb der katholischen Kirche wird als Strategie formuliert: „Es muß unsere Aufgabe sein, die vorhandenen Gegensätze und Widersprüche, die innerhalb des Klerus bestehen, intelligent auszunützen und dafür zu sorgen, die bestehenden Spaltungen zu verstärken, um die Mehrheit dahin zu bringen, eine Haltung einzunehmen, die der Revolution dient“ (a. a. O., S. 7).

Sehr sorgfältig werden die verschiedenen Zielgruppen innerhalb der Kirche unterschieden und jeweils eine *gesonderte Form des Vorgehens für die Parteikader* formuliert. Die wichtigste Gruppe stellen die Bischöfe dar, deren Leitungsfunktion und Richtlinienkompetenz für die Diözesen fest übertrieben dargestellt wird. Ziel der Partei muß es sein, die reaktionären Kräfte zu isolieren und dafür zu sorgen, daß alle Ansätze einer „fortschrittlichen“ Haltung unterstützt werden. Bei der Besetzung vakanter Bischofssitze wird es darauf ankommen, die Kandidaten mit der richtigen Einstellung (aus der Sicht der Partei) zu unterstützen. Für jede Diözese soll ein Parteimitglied von „höherem kulturellem und politischem Niveau“ abgestellt werden, dessen Aufgabe es sein soll, die Überwachung jeweils eines Bischofs zu übernehmen. Über die *Priester* wird theologisch anfechtbar festgestellt: „Die Priester sind eine zahlreiche Klasse und bilden in ihrer Gesamtheit die Kirche.“ Beim Bemühen, die Kirche für eine positive Rolle im Aufbau der vietnamesischen Gesellschaft zu gewinnen, sind die Priester für die Partei eine äußerst wichtige Gruppe. Ausdrücklich wird davor gewarnt, mit Gewalt und Brutalität gegen sie vorzugehen. Als Methode wird vielmehr eine Haltung empfohlen, die „flexibel, intelligent, korrekt, höflich, herzlich und glaubwürdig“ ist und sich vor allem an die jüngeren „fortschrittlichen“ Priester richten soll, die noch am ehesten für eine positive Einstellung zur neuen Gesellschaft zu gewinnen sind. Auf der anderen Seite sollen die „reaktionären“ Priester von den Gemeinden isoliert und so unschädlich gemacht werden.

Gegenüber den *Ordensleuten* werden etwas widerwillig zunächst deren große soziale Leistungen auf dem Gebiet der Gesundheitspflege und der Schulen herausgestellt. Der Fähigkeiten dieser teilweise hochqualifizierten Kräfte sollte sich der Staat bedienen, sie aber außerhalb der Kirche einsetzen. Von den *Seminaristen* wird zunächst gesagt, daß sie immer noch viel zu zahlreich seien und es darauf ankomme, ihre Zahl möglichst klein zu halten, wenn auch selbstverständlich das Recht der Kirche auf

Ausbildungsstätten für Priester nicht bestritten werde. Bei der Auswahl für die Weihe geeigneter Seminaristen fühlt sich die Partei mitverantwortlich und sucht wieder besonders geschulte Parteimitglieder, die den Lehrbetrieb und die Kandidatenauswahl in den Seminarien im Sinne der Partei beeinflussen können. Die Kontrolle der Partei erstreckt sich auch auf die *Pfarrgemeinderäte*, deren Zusammensetzung bei der Wahl und Ernennung von Mitgliedern durch Parteimitglieder geregelt wird.

Die Priester halten durch

Die Lektüre dieses authentischen Dokuments ist ernüchternd und lehrreich. Es wird deutlich, *wie konsequent* die vietnamesische Regierung jede Form der inneren Auseinandersetzung und Meinungsverschiedenheit innerhalb der Kirche beobachtet, um sie für ihre Taktik des „divide et impera“ zu nutzen und die Kirche als Werkzeug der Regierungspolitik gebrauchen zu können. Anwälte eines Dialogs zwischen Christentum und realem Sozialismus, die eine Form der ehrlichen Zusammenarbeit suchen, wie innerhalb Vietnams z. B. Erzbischof *Paul Nguyen van Binh* von Ho-Chi-Minh-Stadt, oder außerhalb z. B. *François Houtart*, werden hier desavouiert und erscheinen eher als „nützliche Idioten“, die für die Propaganda des Systems ganz brauchbar sind, sonst aber nicht ernst genommen werden.

Die Bischofskonferenz, die sich 1980 erstmals in Hanoi konstituieren konnte (vgl. HK, April 1981, 208 ff.), ist seither nicht mehr zu einer Vollversammlung zusammengekommen. In ihrem gemeinsamen Hirtenbrief hatten die Bischöfe sich damals sehr betont *um einen Ausgleich mit der Regierung bemüht*, ohne aber in der Substanz Abstriche von ihrer Haltung zu machen. Die katholische Kirche ist bereit, mit allen anderen Gruppen am Aufbau des Landes mitzuarbeiten und einen gesunden Patriotismus zu fördern. Verstärkt will sich die Kirche bemühen, Lebensformen zu entwickeln, die das Evangelium mehr in Übereinstimmung mit der Tradition des Landes bringen. 1980 konnten auch die meisten der 14 Diözesanbischöfe „ad limina“ Besuche in Rom machen, an die sich weitere Reisen innerhalb Europas anschlossen. Trotz größter Zurückhaltung bei Äußerungen über die Verhältnisse innerhalb Vietnams scheinen einige Aussagen, die die Bischöfe bei dieser Gelegenheit machten, die Partei verstimmt zu haben. Dennoch haben die Besuche der Partei Kredit eingebracht, denn so konnte das Regime eine gewisse Offenheit zeigen. Die Möglichkeit von Rombesuchen besteht auch weiterhin. Erst am 26. Mai 1982 wurden der Erzbischof von Ho-Chi-Minh-Stadt und der Bischof von Haiphong, *Joseph Nguyen Tung Cuong*, von Papst Johannes Paul II. in Audienz empfangen. Zwar dürfen die Bischöfe Vietnams immer noch nicht an den Beratungen, Konferenzen und anderen Zusammenkünften der Vereinigung der Asiatischen Bischofskonferenzen (FABC) teilnehmen, sind aber andererseits doch wesentlich weniger abgeschnitten als die chinesischen Bischöfe. Verglichen

mit der schwelenden Problematik der Spaltung der chinesischen Kirche in patriotische und „romtreue“ Katholiken macht die katholische Kirche Vietnams den Eindruck von Geschlossenheit und großer religiöser Aktivität.

Schwierigkeiten bereitet indessen die *Priesterausbildung*. Offiziell hat die Regierung sechs Große Seminarien erlaubt: Hanoi und Vinh für den Norden, Hue und Nha Trang im Zentrum und Ho-Chi-Minh-Stadt und Can Tho im Süden. Wegen der vielen Auflagen durch die Regierung, die sich auf den Studienplan, die Eignung der Kandidaten, die Arbeitseinsätze, die Weiheerlaubnis etc. beziehen, sind die Bischöfe eher zurückhaltend, sich auf die Bedingungen der Regierung einzulassen. Für das Seminar in Ho-Chi-Minh-Stadt durften im Zeitraum von 1977 bis 1981 nicht mehr als ganze fünf Kandidaten geweiht werden. Das Seminar in Hanoi wurde 1981 zwar eröffnet, von 60 Kandidaten wurden von der Regierung aber nur vier zum Studium zugelassen. Großzügiger wurde in Ho-Chi-Minh-Stadt verfahren, wo 50 Seminaristen die Studierlaubnis erhielten. Offen bleibt auch hier, wie viele von ihnen ihr Studium mit der Weihe werden abschließen können.

Auch die übrigen Aktivitäten der Kirche werden von der Regierung mit einer ähnlichen *Politik der vielen Nadelstiche* begleitet. Die Zahl der *inhaftierten Priester* wird gegenwärtig mit 200 bis 300 angegeben. Unter ihnen sollen sich vor allem eine Reihe ehemaliger Militargeistlicher befinden. Verhaftet wurden zahlreiche Ordensgeistliche: Jesuiten, Franziskaner und Redemptoristen, die in der außerpfarrlichen Arbeit eingesetzt waren. Die *Art des Vorgehens der Behörden* ist dabei im wesentlichen immer die gleiche. Die religiösen Einrichtungen werden durchsucht, es finden sich belastende Dokumente, die beschlagnahmt werden, die Gebäude werden geschlossen und einige Ordensleute verhaftet.

Die religionspolitische Leitlinie ist aber nicht so sehr die offene Unterdrückung als vielmehr die Politik des Erschwerens von Aktivitäten durch eine Vielzahl von Erlaubnissen, Kontrollen und Untersuchungen. Alle Ernennungen von Bischöfen, Pfarrern, Ordensoberen bis hin zu Wahlen auf Gemeindeebene müssen der Partei vorher zur Begutachtung und später zur Bestätigung vorgelegt werden.

Das religiöse Leben ist aber ungebrochen stark. Private Mitteilungen sprechen davon, daß die Kirchen bei Gottesdiensten überfüllt sind. 1979 wurden allein in Ho-Chi-Minh-Stadt 4500 Erwachsenentaufen gespendet. Auch in den Umerziehungslagern sollen zahlreiche Taufen gespendet worden sein. Die Priester halten im Lande aus und nehmen das Leben in Abhängigkeit und Bedrängnis bewußt an. Nur wenige Theologiestudenten haben den Weg der Flucht ins Ausland gewählt. Das Bild der Kirche in Vietnam ist das einer aktiven Minderheit, die geistig wach und spirituell rege auf die Herausforderungen im Lande zu reagieren versucht. Die Last der kolonialen Vergangenheit und einer weitgehenden Kooperation mit dem alten Regime ist dabei, überwunden zu werden. Die Ver-

suche einer *vorsichtigen Kooperation mit dem neuen Regime* leiden an der mangelnden Vertrauenswürdigkeit des anderen Partners, die in vielen Einzelmaßnahmen der kommunistischen Regierung deutlich wird. So sehr die vietnamesische Kirche und ihre Bischöfe auch Patrioten sind –

was sich in der Zeit des chinesischen „Straffeldzugs“ gegen das Nachbarland im Süden 1979 zeigte –, so stark ist ihr Mißtrauen gegenüber einer Regierung, die den Patriotismus zur Spaltung der christlichen Gemeinschaft benutzen will.

Georg Evers

Das Öl erreicht die Armen nicht

Mexiko zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und sozialen Nöten

Bei der Nord-Süd-Konferenz von Cancún im vergangenen Oktober wurde es deutlich: Mexiko war nicht nur Gastgeber, sondern präsentierte sich selbstbewußt als ein Land der Dritten Welt, das geneigt ist, eine führende Rolle im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu übernehmen. In der Tat haben die brisante Außenpolitik seines Präsidenten, vor allem aber die ausgiebigen Ölfunde der letzten Jahre das Interesse der Welt an Mexiko sprunghaft ansteigen lassen. Beides, Energiewirtschaft und Außenpolitik nahmen in dem ehrgeizigen Konzept des scheidenden Präsidenten, *José Lopez Portillo*, eine vorrangige Stellung ein und haben seiner Amtszeit jenen Glanz verliehen, vor dem die Leistungen der mexikanischen Innen-, vor allem der Sozialpolitik arg verblassen. So kann das beträchtlich angewachsene außenpolitische Ansehen Mexikos nicht darüber hinwegtäuschen, daß der am 5. Juli gewählte Nachfolger von Lopez Portillo, der 47jährige Wirtschaftswissenschaftler *Miguel de la Madrid Hurtado*, mit seinem Amtsantritt am 1. Dezember immense wirtschaftliche und soziale Hypotheken übernimmt.

Macht durch Erdöl?

Die *globale* außenpolitische Rolle Mexikos im Nord-Süd-Konflikt geht auf die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ von Ex-Präsident *Luis Echeverría* (1970–76) zurück, die der Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung einen wichtigen Impuls gab. Sie wurde 1974 von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit (120:6; 10 Enthaltungen) angenommen und enthält auf der Grundlage einer „internationalen Sozialverpflichtung“ nationaler Wirtschaftspolitik grundlegende Forderungen der Dritten Welt an die Industrie-Nationen. Die USA (und auch die Bundesrepublik) stimmten gegen die Vorlage. Mexiko arbeitet in der Organisation blockfreier Staaten mit, ohne ihr jedoch anzugehören, und hat Beobachterstatus beim COMECON; mit der Europäischen Gemeinschaft bestehen Kooperationsabkommen.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zur mächtigsten Industrienation der Welt ist Mexiko reich an Erfahrungen und ein treffendes historisches Beispiel für das den Nord-Süd-Konflikt kennzeichnende Abhängigkeitsver-

hältnis, das in mehr als einer Phase der mexikanischen Geschichte existentieller Natur war. Auf dem Hintergrund eines wachsenden Anti-Amerikanismus auch im politisch einflußreichen Bevölkerungsteil und im ungewohnten Besitz wirtschaftlicher Macht betrieb Lopez Portillo eine Politik der Distanz zu den Vereinigten Staaten. Dies wurde weniger in den direkten Beziehungen als in der Mittelamerika-Politik Mexikos manifest.

Die *zentrale Rolle Mexikos in der mittelamerikanischen Region* wird von mehreren, nicht nur außenpolitischen, Faktoren bestimmt. Seine Einschätzung der Lage und seine Politik weichen erheblich von der Mittelamerika-Politik der Amerikaner ab. Mexiko hat Kuba und Nicaragua Sicherheitsgarantien im Falle eines militärischen Eingreifens von außen gegeben. Für den Fall, daß die Sowjetunion als Lieferant ausfiele, hat Lopez Portillo Kuba mexikanisches Öl angeboten. Seine traditionell guten Beziehungen zu Kuba binden Fidel Castros revolutionäre Infiltrationspolitik im Falle Mexikos bis heute erfolgreich. Seit 1980 liefert Mexiko den anderen mittelamerikanischen Staaten Erdöl zu Vorzugspreisen, eine Maßnahme, die Lopez Portillo als Beispiel für eine solidarische Mittelamerika-Politik versteht. Die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan beobachtet die mexikanische Mittelamerika-Politik, deren langfristiges Ziel es ist, den traditionellen Einfluß der USA in der Karibik zu reduzieren, wie auch die mexikanischen Versuche einer eigenständigen Wirtschaftspolitik mit wachsendem Mißtrauen. Der freizügig politisches Asyl gewährende Staat behandelt allerdings das Problem der Flüchtlinge aus Guatemala und El Salvador, die zu Zehntausenden die südliche Landesgrenze überschritten haben, mit Rücksicht auf deren „Revolutionspotential“ restriktiv, indem er einen Teil der Flüchtlinge wieder abschob.

Die zusammen mit Frankreich ausgesprochene Anerkennung der linksgerichteten Opposition in El Salvador als „repräsentative politische Kraft“ hat Mexiko innerhalb Lateinamerikas zeitweilig isoliert, was die Erfolgsaussichten seiner Mittelamerika-Politik längerfristig beeinträchtigen könnte.

Die heiklen Beziehungen Mexikos zu den USA haben eine lange Tradition und sind voller Widersprüche. Verletzter Nationalstolz, heimlicher Neid und heute auch ein gesundes Geschäftsinteresse bestimmen das Verhältnis